Slowenien

Zlatko Šabič[1]

Die Ereignisse um Alenka Bratušek, der ersten weiblichen Ministerpräsidentin im unabhängigen Slowenien lenkten die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich. Sie ist nicht nur die erste Amtsinhaberin gewesen, die ihr Amt freiwillig aufgab, was folglich zu nationalen Wahlen im Juli 2014 führte. Sie bleibt auch wegen ihrem gescheiterten Versuch, einen Posten in der neuen Europäischen Kommission zu gewinnen, in bleibender Erinnerung. Obwohl sie die Unterstützung des neuen Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker genoss, der sie für „for having stopped her country from having to seek an EU bailout"[2] lobte, wurde sie wegen ihrer schwachen Leistung während der Anhörung im Europäischen Parlament von den Abgeordneten als Kommissarin für den Bereich der Energieunion abgelehnt. Zudem fehlte es ihr an Unterstützung in Slowenien, nicht zuletzt aufgrund des Vorwurfs, dass sie sich während ihrer Amtszeit selbst als Kandidatin nominiert und an der aktiven Wahl zwischen den drei vorgeschlagenen Kandidaten für den Kommissionsposten teilgenommen hatte.[3] Daraufhin wurde sie durch Violeta Bulc, der Favoritin des neuen Ministerpräsidenten Miro Cerar, dessen Partei die Parlamentswahl im Juli mit einer Mehrheit von 34,5 Prozent der Stimmen gewonnen hatte, ersetzt.

Innenpolitik

Cerar gründete seine Partei erst einen Monat vor den Parlamentswahlen. Jedoch gewann er durch sein überzeugendes Auftreten in den Medien, seine Fähigkeit, komplexe juristische Sachverhalte einfach darzustellen, und seine konsequente Haltung zur Wahrung moralischer Grundsätze in der Politik, vor allem in Bezug auf Korruption, wie auch durch die fehlende Parteizugehörigkeit, schnell an Popularität. Die Notwendigkeit eines Politikwandels insbesondere hin zu einer neuen politischen Kultur ohne Korruption, Klientelismus oder politisch motivierter Ernennungen spiegelte sich auch in den Wahlergebnissen wider: Die sogenannte „Miro Cerar-Partei", später Partei des modernen Zentrums (SMC), ging als klarer Wahlsieger hervor. Die Niederlage im rechten politischen Lager war niederschmetternd. Die größte Oppositionspartei, die Slowenische Demokratische Partei (SDS), verlor mit weniger als 21 Prozent der Stimmen, was sie vor allem der Inhaftierung ihres Vorsitzenden, Janez Janša, wegen seiner angeblichen Involvierung im Patria-Korruptionsskandal[4] zuschrieb. Die christliche Partei Neues Slowenien (NSi) zog mit 5,6 Prozent ins Parlament ein, während die Slowenische Volkspartei (SLS) leer ausging. Im linken Parteienlager schafften es die Sozialdemokraten (SD) nur knapp über die Vier-Prozent-Hürde. Von der Abwanderung der Wähler profitierte das Wahlbündnis Vereinigte Linke (ZL), das

1 Übersetzt aus dem Englischen von Julia Klein.

2 Georgi Gotev: Bratušek's poor showing adds to Juncker's worries, in: EurActiv.com, 6.10.2014.

3 Transparency International: Outgoing Prime Minister Nominates Herself for European Commissioner, 3.10.2014, abrufbar unter: http://www.transparencyinternational.eu/2014/10/outgoing-prime-minister-nominates-herself-for-european-commissioner/ (letzter Zugriff: 17.8.2015).

4 Für die zeitliche Abfolge des Patria-Skandals siehe The Slovenia Times: Patria Scandal: From Plans to Equip Army to Verdicts and Retrial, 23.4.2015.

den Einzug ins Parlament schaffte.[5] Die traditionellen Mainstream-Parteien, vor allem die SDS und SD, hatten nicht aus den enttäuschenden Ergebnissen der letzten Wahlen gelernt: die slowenischen Wähler orientierten sich längst nicht mehr nur an traditionellen ideologischen Konfliktlinien. Sie sind mehr an Alternativen zur bisherigen politischen und ökonomischen Elite und einer Abkehr von Klientelismus, Korruption und politischen Ernennungen interessiert, wie es von neuen politischen Bewegungen und Parteien gefordert wird.

Cerar-Regierung

Politische Newcomer sind oft sehr schnell damit konfrontiert, dass manche Wahlversprechen meist schwer umzusetzen sind. So hatte die Cerar-Regierung vor den Wahlen die Privatisierung von staatlichen Unternehmen wie dem slowenischen Flughafen und der Telekommunikationsfirma (Telekom) abgelehnt, die Bratušek avisiert hatte, um nicht unter den EU-Rettungsschirm zu geraten.[6] Die Cerar-Regierung musste sich jedoch angesichts der finanziellen Lage früh eingestehen, dass sie den Privatisierungskurs fortsetzen musste. Der Flughafen wurde an das deutsche Unternehmen Fraport verkauft, wie auch die Telekom noch zum Verkauf geboten wird. Zudem erntete die neue Regierung kurz nach den Wahlen einen herben Schlag vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, der Slowenien nach einem sehr langen Rechtsstreit dazu verurteilte, ehemalige nicht-slowenische Kunden der Bank Ljubljanska banka (LB), die nach dem Zerfall Jugoslawiens ihre Geldeinlagen verloren hatten, mit geschätzten 500 Mio. Euro zu entschädigen.[7] Natürlich hatten die gebrochenen Wahlversprechen Folgen für die Popularität Cerars und seiner Partei: Laut Umfragen vom Mai 2015 holte die SDS mit 12,2 Prozent die SMC mit 11,1 Prozent ein. Das linke Wahlbündnis ZL, vehementer Gegner von Privatisierungen, landete mit 1,5 Prozent Unterschied zur SMC auf dem dritten Platz.[8]

Außenpolitik

Cerars erster Staatsbesuch galt Deutschland, wo ihn Bundeskanzlerin Angela Merkel empfing. Damit signalisierte Cerar, dass Slowenien den deutschen Austeritätskurs in Europa gegenüber Ländern wie Griechenland unterstützt. So kritisierte er offen die mangelnde Kooperationsbereitschaft und die Forderungen Griechenlands, die slowenischen Steuerzahlern kaum verständlich gemacht werden könnten, da sie Griechenland zwar unterstützten, aber auch selbst mit harten Sparmaßnahmen konfrontiert seien.[9] Des Weiteren plant Slowenien erstmals seit 1999 eine neue außenpolitische Strategie zu implementieren. Daraus ist bisher bekannt, dass sich Slowenien weiterhin den euro-atlantischen Strukturen verpflichten, sich aber um eine stärkere Repräsentation im Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) bemühen wird. Weitere mögliche Prioritäten neben der Verteidigung des Völkerrechts und der Menschenrechte können umweltpolitische Themen wie der Wasserschutz, Wirtschaftsdiplomatie und Entwicklungshilfe sein. Geopolitisch tendiert Slowenien weiterhin Richtung Zentraleuropa und dem Westlichen Balkan.

5 Staatliche Wahlkommission Sloweniens: Republic of Slovenia Early elections for deputies to the National Assembly 2014. Voting Results, 13.7.2014, abrufbar unter: http://volitve.gov.si/dz2014/en/index.html (letzter Zugriff: 17.8.2015).

6 BBC News: Political novice Miro Cerar wins Slovenia election, 14.7.2014.

7 Reuters.com: European Court deals Slovenia's fragile finances a fresh blow, 17.7.2014.

8 Für diese und weitere Umfragedaten der vergangenen Monate siehe ninamedia.si: Vox popoli, abrufbar unter: http://www.ninamedia.si/stranke.php (letzter Zugriff: 17.8.2015).

9 Nikos Chrysoloras/Vassilis Karamanis/Christos Ziotis: Greece Scrambles to Find Cash Ahead of $2 Billion Payment Deadline, in: Bloomberg Business, 17.3.2015.